

Peter Simon
Mitglied des Europäischen Parlaments

60, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel: +32 2 28 47558
Fax: +32 2 28 49558
E-Mail: peter.simon@europarl.europa.eu



EP / Panama Leaks

Brüssel, 04.04.2016

Peter SIMON und Udo Bullmann: "Steuervermeider konsequent sanktionieren"

Panama Papers - Europa-SPD verlangt verbindliche Regeln

"Die Panama Papers zeigen einmal mehr, dass der Kampf gegen Steuervermeidung und Geldwäsche nur international zu gewinnen ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Europa vorangegangen sind und scharfe Regeln gegen undurchsichtige Briefkastenfirmen und Unternehmenskonstrukte auf den Weg gebracht haben", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im TAXE-Sonderausschuss gegen Steuervermeidung. "Superreiche und multinationale Konzerne müssen raus aus der schützenden Anonymität. Bei den Finanzströmen braucht es absolute Transparenz. Banken, Anwälte oder Vermögensverwalter, die bei der Verschleierung zuschauen oder sogar mithelfen, gehören konsequent sanktioniert."

Unter anderem steht der Verdacht auf Geldwäsche im Raum. "Die Bandbreite der Kunden belegt, dass es ein Fehler war, die erweiterten Sorgfaltspflichten im Bereich der Geldwäsche nur auf den politischen Bereich zu beschränken. Wir Sozialdemokraten hatten schon in der Vergangenheit eine Ausweitung gefordert", betont **Peter SIMON**. "Ein ganzheitlicher Ansatz im Kampf gegen Geldwäsche muss sämtliche Risikogruppen im Visier haben. Deshalb gehören auf diese Liste auch zusätzliche exponierte Entscheidungsträger, etwa aus Wirtschaft, Verwaltung, Kirche und Profisport. Dem muss die EU-Kommission bei der für Mai angekündigten Überarbeitung der 4. Geldwäscherichtlinie Rechnung tragen."

Udo BULLMANN, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, zu konkreten Vorschlägen der Europa-SPD:

- "Wir fordern seit Jahren ein Gesetz von der EU-Kommission, das aggressive Steuerplanung angemessen sanktioniert. Dazu gehören Bußgelder, aber auch die Verwehrung des Zugangs zu EU-Fördermitteln bis hin zum Entzug der Lizenz oder Betriebserlaubnis für verwickelte Firmen.
- Steuerbehörden müssen mit ausreichend Personal und Ressourcen ausgestattet sein, um Verstöße entsprechend verfolgen und bestrafen zu können. Sonst drohen hohe Einbußen bei den Steuereinnahmen. Steuervorschriften für multinationale Unternehmen, deren Einhaltung nicht kontrolliert wird, greifen ins Leere.
- Zur Verteidigung der Staatengemeinschaft gegen Attacken auf das Gemeinwohl muss die EU-Kommission am Dienstag, 12. April einen ambitionierten Plan zum öffentlichen Country-by-Country-Reporting vorlegen. Dazu gehört, dass Firmen künftig ihr Steuerverhalten auch außerhalb der EU offenlegen müssen - nicht nur innerhalb, wie in Entwürfen der Kommissionspläne offenbar vorgesehen. Die neuen Regeln für mehr Steuertransparenz müssen für alle 20.000 großen Unternehmen in der EU gelten. Nicht nur, wie offenbar vorgesehen, nur für Konzerne mit einem Jahresumsatz von 750 Millionen."

Positionspapier der Europa-SPD - Für einen Neustart im Kampf gegen Steuervermeidung:
https://www.spd-europa.de/sites/default/files/downloads/papier_steuerspolitik_6s_a4_web.pdf

Peter Simon, MdEP
Rue Wiertz, B- 1047 Brüssel
Tel.: +32 2 28 47558, Fax: +32 2 28 49558, E-Mail: peter.simon@europarl.europa.eu

PRESSMITTEILUNG